

Presseinformation

11. Mai 2022

Vierte öffentliche Sitzung des NÖ Monitoringausschusses

Thema: „Selbstbestimmt leben – und was es dazu braucht“

Vor kurzem fand die vierte öffentliche Sitzung des NÖ Monitoring-Ausschusses statt. Rund 60 Personen, darunter viele SelbstvertreterInnen, beschäftigten sich im Bildungshaus St. Hippolyt in St. Pölten mit dem Thema „Selbstbestimmt leben – und was es dazu braucht“.

Die Vorsitzende, Christine Rosenbach, erinnerte an die gesetzliche Aufgabe des NÖ Monitoring-Ausschusses, nämlich die unabhängige und weisungsfreie Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen durch die öffentliche Verwaltung in Niederösterreich. Richtschnur ist dabei die UN-Behindertenrechtskonvention, die in Artikel 19 ein selbstbestimmtes Leben und Inklusion in der Gemeinschaft fordert. Menschen mit Behinderungen haben das Recht mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben. Sozial-Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister sendete eine Video-Botschaft an die Versammlung; darin dankte sie für die Organisation der Sitzung und betont, dass selbstbestimmt Leben gerade in krisenhaften Zeiten ein wichtiges Thema ist.

Die persönliche Assistenz und eine barrierefreie leichte Sprache, zwei wichtige Aspekte für selbstbestimmtes Leben, wurden von Susanne Auer-Mayer, Universitätsprofessorin an der WU Wien, und Erich Korger, Capito NÖ, vorgestellt. Selbstvertreter Martin Nemeskal erzählte über seine positiven Erfahrungen mit beruflicher und Freizeit-Assistenz. Er betonte, dass die Sympathie zwischen den Personen ein wichtiges Kriterium ist und Assistenz für ein selbstbestimmtes Leben unverzichtbar. Die TeilnehmerInnen der Veranstaltung erarbeiteten in Tischrunden Forderungen und Fragen an die Politik. Einig waren sich die SelbstvertreterInnen und Monitoring-Ausschuss Mitglieder, dass es eine österreichweite Lösung für die Regelungen und Förderungen einer persönlichen Assistenz braucht. Weitere wichtige Forderungen für ein selbstbestimmtes Leben sind eine eigene Entscheidung über die Wohnform, eine leichte und verständliche Sprache, besonders von Behörden, Sicherstellung der persönlichen Mobilität und ein gerechter Lohn statt eines Taschengeldes bzw. Anerkennungsbeitrages in den Werkstätten. Ein Teilnehmer formulierte: „Es bedarf Mut und Ermutigung um die

Presseinformation

eigenen Rechte anzusprechen und durchzusetzen“.

Vorsitzende Christine Rosenbach sicherte zu, dass die vielen Anregungen und Ideen im NÖ Monitoring-Ausschuss behandelt und bearbeitet werden. Barrierefreiheit in all ihren Formen sowie die persönliche Assistenz werden weiter im Zentrum der Arbeit des Monitoring-Ausschusses stehen. Viele Förderungen und Hilfen müssen transparenter und übersichtlicher werden. Die einfache Sprache ist nicht nur für Menschen mit Behinderungen wichtig, sondern auch für knapp zwei Millionen Menschen in Österreich, die schwierige Texte nicht lesen und verstehen können. Generell müssen Menschen mit Behinderungen mehr einbezogen werden, das geht vom Gespräch mit behandelnden ÄrztInnen, die oft nur die Begleitpersonen ansprechen, bis hin zur politischen Vertretung in den Landtagen und im Nationalrat.



Der NÖ Monitoring-Ausschuss bei der 4. Öffentlichen Sitzung am 4. Mai 2022 in St. Pölten. Vorne: Josef Schoisengeyer, Andreas Mühlbauer, Sandra Hermann. Stehend: Harald Ellbogen, Erich Lehner, Christine Rosenbach (Vorsitzende), Ronald Söllner, Maria-Luise Braunsteiner, Volker Frey, Claudia Grübler-Camerloher, Theresa Hammer.

© ZVG